

Büro für Gesundheit und Prävention

Ulf Fink, Senator a.D.

Büro für Gesundheit und Prävention
Französische Straße 23 - 10117 Berlin

Französische Straße 23

10117 Berlin

Telefon 030/263917-80

Telefax 030/263917-89

E-mail: ulf.fink@gesundheitsbuero-berlin.de

AG Präventionsgesetz:

Forderungskatalog zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention nach der Bundestagswahl 2005

Eine vorausschauende, nachhaltige Gesundheitspolitik wird nicht daran vorbeikommen, künftig weitaus größeres Gewicht auf die Vermeidung von Krankheiten zu legen. Die Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention ist angesichts der demografischen Herausforderung ein Gebot sozialökonomischer wie ethischer Vernunft. Hierzu bedarf es eines Paradigmenwechsels im Deutschen Gesundheitswesen. Eine große Koalition aus Union und SPD sollte die dafür notwendige politische Kraft aufbringen.

Die parteiunabhängige Arbeitsgruppe Präventionsgesetz schlägt hierzu folgende Weichenstellungen vor:

1. Präventionsgesetz

Das im Jahre 2005 der Diskontinuität zum Opfer gefallene „Gesetz zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention (Präventionsgesetz)“ wird durch die neue Bundesregierung wieder aufgegriffen. Das Gesetz in seiner damaligen Form bedarf allerdings einer grundlegenden systematischen Überarbeitung¹⁾.

2. Finanzierung

Die Zukunft der Prävention steht und fällt mit der Frage nach der Finanzierung. Es ist ein Menetekel, dass in Deutschland bei über 240 Mrd. EUR, die im Gesundheitswesen insgesamt pro Jahr ausgegeben werden, nicht einmal 5 % dieses Betrages für Zwecke des vorbeugenden Gesundheitsschutzes verwendet werden. Mit zusätzlichen Mitteln, die allein von den Sozialversicherungsträgern aufgebracht werden sollen, lässt sich keine wirkungsvolle Präventionspolitik umsetzen. Prävention ist eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe**, an der sich Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungsträger gemeinsam zu beteiligen haben.

Welche Höhe die erforderlichen zusätzlichen Mittel erreichen müssten, verdeutlicht das Beispiel der HIV-Prävention: Die Zahl der HIV-Neuinfektionen in Deutschland (zur Zeit rund 40.000) ist im ersten Halbjahr 2005 sprunghaft angestiegen. Nach den jüngsten

¹⁾ Zu den Einzelheiten eines **überarbeiteten Präventionsgesetzes** siehe Positionspapier der AG Präventionsgesetz: „Vorschlag zur Stärkung der gesundheitlichen Prävention nach der Bundestagswahl 2005 (Langfassung)“ vom 14.10.2005, Anlage

Büro für Gesundheit und Prävention

Ulf Fink, Senator a.D.

- 2 -

Berechnungen des Berliner Robert-Koch-Instituts (RKI) steckten sich von Januar bis Juli 1164 Menschen neu mit dem Aids-Virus an - rund 20 Prozent mehr registrierte Fälle als im ersten Halbjahr 2004. Um diesen Trend aufzuhalten und bundesweit ein flächendeckendes, reichweitenstarkes und wirksames HIV-Präventionsprogramm durchzuführen, müssten Bund, Länder und Kommunen rund 100 Mio. EUR zur Verfügung stellen.

Will man darüber hinaus die eigentlichen, teilweise chronisch verlaufenden Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes („Metabolisches Syndrom“) und Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems durch gezielte Präventionsmaßnahmen in Deutschland bekämpfen, so ist ein Vielfaches des für die HIV-Bekämpfung notwendigen Betrages erforderlich. Unter einer Mrd. EUR zusätzlich und pro Jahr dürften hier keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen sein.

3. Politischer Motor

Prävention wird in Deutschland nur dann Erfolg haben, wenn man die breite Bevölkerung anspricht. Prävention gehört regelmäßig in den Fokus der Öffentlichkeit. Hierzu bedarf es eines starken politischen Motors. Eigentlich müsste sich die neue Bundesregierung diese Rolle selbst auf ihre Fahne schreiben. Will man diesen Schritt nicht gehen, so wäre die Berufung eines „Bundesbeauftragten für Prävention“ oder die Errichtung einer „Stiftung“ oder ähnliche gleichgerichtete Maßnahmen eine alternative Option.

4. Kooperation Bund, Länder und Kommunen

Ohne eine aktive Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird es in Deutschland keine zukunftsweisende Präventionspolitik geben. Hier stehen also alle staatlichen Ebenen in der Verantwortung. Auf kommunaler Ebene müsste vor allem eine (finanzielle) Stärkung/Wiederbelebung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) erfolgen. Darüber hinaus gehört das Thema Prävention regelmäßig auf die Tagesordnung der **Ministerpräsidentenkonferenz**, vor allem im Hinblick auf eine notwendige Bestandsaufnahme bereits vorhandener Aktivitäten in den Ländern und der Koordinierung neuer Maßnahmen von Bund und Ländern.

5. Prävention und Medien

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Prävention wird dann erhöht, wenn es gelingt, das Thema dauerhaft in den Medien zu etablieren. Hierfür muss die Politik ihren Einfluss auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geltend machen, um Intendanten und Redakteure von der herausragenden Bedeutung der Prävention zu überzeugen.

Im Hinblick auf das Fernsehen wäre konkret an das höchst erfolgreiche Vorbild des „7. Sinn“ zu denken: Vorstellbar wären Präventionsspots von ca. 30 Sekunden Länge, die sich mit einer klaren Botschaft an besondere Zielgruppen richten. Hauptaugenmerk ist dabei auf die klassischen Handlungsfelder der Prävention zu legen.

Berlin, den 25.10.2005